

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de
Wiesbaden, 22. Februar 2007

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 28.02.2007, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt (höchstens 15 Minuten) .-

Tagesordnung I

1. **07-A-16-0002**
Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
2. **Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**
3. **06-F-25-0040**
Teen Courts
- Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 29.11.2006 -

ANLAGE

4. **06-F-25-0039** **ANLAGE**

Gerichtsentscheidungen zu Hartz- IV
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 29.11.2006** -
5. **07-F-25-0009** **ANLAGE**

Krippenplätze in Erbenheim
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 24.1.2007** -
6. **06-A-16-0009** **ANLAGE**

Fehlende Aus- und Umschulungsstellen für behinderte Langzeitarbeitslose, die nur teilzeitmäßig umgeschult werden können
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.11.2006** -
7. **06-A-16-0006** **ANLAGE**

Klare Information über den von der Stadt, Amt für Soziales und DRK angebotenen Behindertenfahrdienst in Wiesbaden (BFD) durch ein zu erstellendes Merkblatt
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.11.2006** -
8. **05-A-16-0013** **ANLAGE**

Villa Clementine, barrierefreier Zugang zu den Veranstaltungsräumen im 1.Obergeschoss
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.11.2006** -
9. **04-A-16-0021** **ANLAGE**

Staatstheater, Kleines Haus, Foyer
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.11.2006** -
10. **06-A-16-0008** **ANLAGE**

Zugestellte Gehwege mit verkehrswidrig abgestellten Kfz, Reklamereiter und nicht erlaubte Möbellierungen
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.11.2006** -
11. **06-F-02-0024** **ANLAGE**

Fortentwicklungsgesetz zu Hartz IV; Hartz-IV-Revisor
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 24.1.2007** -

12. 07-F-24-0003

Wiesbaden macht Zukunft - Besser für Kids
II. Anhörung zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007 –

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Sozialausschuss führt eine zweite Anhörung zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung durch. In dieser Anhörung sollen mit von den Fraktionen zu benennenden ExpertInnen, mit Eltern, ErzieherInnen und den Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen über die Anforderungen an ein modernes und qualitätsorientiertes Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder im Grundschulalter diskutiert werden. Die Ausschüsse Schule & Kultur sowie Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung & Integration sind in den Diskussionsprozess mit einzubeziehen.

Hierbei sind insbesondere folgende Fragestellungen zu erörtern:

- Wie der Übergang von der Kindertagsstätte in die Grundschule in allen Kindertageseinrichtungen unabhängig von der Trägerschaft gewährleistet werden kann („Wiesbadener Empfehlung „ und Tandem-Modell nach dem hessischen BEP)
- Wie an Grundschulen verlässliche Betreuungszeiten – auch während der Ferien – angeboten werden können, welche Rolle dabei den Fördervereinen und der Schulgemeinde zukommen sollen
- Wie und Ob sichergestellt werden kann, dass ein neues Betreuungsmodell insbesondere Kindern aus Zuwandererfamilien und bildungsfernen Familien zugute kommen kann und Wie und Ob das Wiesbadener Modell der „Betreuenden Grundschule“ (BGS) weiter ausgebaut werden soll
- Wie das Parallelsystem Betreuung an der Grundschule und Betreuung im Hort ohne pädagogische und organisatorische Brüche zu einem gemeinsamen Betreuungsmodell weiterentwickelt werden kann
- Wie so schnell wie möglich unter Berücksichtigung hoher pädagogischer Standards die Betreuungssituation für Kinder im Grundschulalter verbessert werden kann

Die Ergebnisse der Anhörung sollen bei weiteren Beschlussfassungen berücksichtigt werden.

Der Magistrat wird gebeten zur Durchführung dieser Anhörung im Einvernehmen mit den Fraktionen das Notwendige zu veranlassen. Dazu gehört u.a.

- Kostenübernahme zur Durchführung der Anhörung
- Erstellung einer Dokumentation
- Kostenübernahme und Organisation von Kinderbetreuung während der Anhörung
- Übernahme von Referentenhonoraren

13. 07-F-25-0023

Umsetzung Zusätzliche Betreuungszeit (3 Stunden pro KT-Gruppe und Woche)
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007 –

Vorbemerkung:

Die Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 hat das Sofortprogramm „Mehr Kita-Zeit für Kinder“ beschlossen. Darin ist festgelegt, dass ab dem 1.1.2007 Mittel in Höhe von 1,75 Million Euro für mehr Betreuungszeit in den Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen (3 Stunden pro Gruppe und Woche).

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Ob die geplante Umsetzung dieses Teils des Sofortprogramms zum 1.1.2007 seitens des Dezernats für Soziales erfolgt ist?

Wie die Umsetzung erfolgt ist?

Wie das Sofortprogramm in den Einrichtungen angenommen wird?

14. 07-F-25-0024

Umsetzung der Erhöhung der Zuschüsse an die Elterninitiative und kleinen Träger um 20 %
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007 –

Vorbemerkung:

Die Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 hat das Sofortprogramm „Mehr Kita-Zeit für Kinder“ beschlossen. Darin ist festgelegt, dass ab dem 1.1.2007 Mittel in Höhe von 882.800 Euro für die Erhöhung der Zuschüsse an die Elterninitiativen und kleinen Träger um 20% zur Verfügung gestellt werden.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Ob die geplante Umsetzung dieses Teils des Sofortprogramms zum 1.1.2007 seitens des Dezernats für Soziales erfolgt ist?

Wie die Umsetzung erfolgt ist?

15. 07-F-06-0012

Zuständigkeit Obdachlose

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 21.02.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten wie viele Obdachlose, die im Zuge der Umsetzung der Hartz -Gesetze, in die Zuständigkeit der Job-Center überstellt wurden, wegen diagnostizierter psychischer oder Suchtproblematiken, wieder in die Betreuung des Wiesbadener Sozialamtes zurückgeführt werden sollen.

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Begründung: mündlich

16. 07-F-25-0019

Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007

Vorbemerkung:

Prävention ist eine herausragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss im direkten Lebensumfeld der Betroffenen ansetzen. Dezentrale Präventionsstrukturen vor Ort müssen deshalb besonders gefördert werden, so auch in den Einrichtungen der Altenhilfe. Untersuchungen belegen, dass der Muskelabbau im Falle der Immobilität, die insbesondere bei Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenpflegeeinrichtungen gegeben ist, rasch voranschreitet. Gezieltes und regelmäßiges Mobilitätstraining kann dem entgegenwirken. Wohlbefinden, Gesundheitszustand und Lebensqualität der Betroffenen lassen sich dadurch verbessern.

Der Magistrat wird gebeten

1. beispielhaft zu berichten, was in Wiesbadener Altenhilfeeinrichtungen zur Aufrechterhaltung der Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenpflege unternommen wird,

2. in Kooperation mit Sportvereinen, Trägern von Altenhilfeeinrichtungen, der Alzheimer Gesellschaft, den ortsansässigen Krankenkassen u. a. ein Programm zur Erhaltung, Stabilisierung und Wiedergewinnung der körperlichen Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenhilfeeinrichtungen zu entwickeln, das auch die besondere Situation (z.B. Sprachbarrieren) von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund berücksichtigt.

3. zu prüfen, inwieweit die o. g. Institutionen zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit an einem Mobilitätsprogramm in den stationären Altenpflegeeinrichtungen bereit wären, dafür bei potenziellen Kooperationspartnern zu werben und dem Ausschuss darüber zu berichten.

17. 07-F-25-0020

Erste Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs der Optionskommunen, hier:

Vorstellung durch den Deutschen Landkreistag und die Bertelsmann-Stiftung
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN + FDP vom 21.02.2007 –

Vorbemerkung:

Wiesbaden ist eine von 69 Optionskommunen mit alleiniger Verantwortung und Zuständigkeit für die Beratung, Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen.
Seit Anfang 2006 vergleichen alle Optionskommunen auf der Basis von Kennzahlen die eigenverantwortliche Umsetzung der Arbeitsmarktreform untereinander. Ziel des Projektes, das vom Deutschen Landkreistag und der Bertelsmann-Stiftung koordiniert und begleitet wird, ist es, auf der Basis vergleichbarer Daten den eigenen Vollzug zu optimieren und voneinander zu lernen.

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Das Projekt soll durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der Bertelsmann-Stiftung und des Deutschen Landkreistages in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales vorgestellt werden.

Neben einer Vorstellung des Projekts, seiner Vergleichskriterien und Kennzahlen, sollen die Vergleichsergebnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden mit den anderen Optionskommunen des Vergleichsring 1 (Darmstadt-Dieburg, Main-Taunus-Kreis, Hochtaunuskreis und Kreis Offenbach) im Mittelpunkt der Präsentation stehen, z.B. unter der Berücksichtigung folgender Fragestellungen:

- Welche Position nimmt die LHW im interkommunalen Vergleich ein?
- Wie hoch war in den vergangenen 12 Monaten jeweils per Monat die Aktivierungsquote?
- Inwiefern konnte die LHW von anderen Kommunen lernen?
- Zeichnet sich die LHW durch ein Best Practice-Beispiel aus?
- Gibt es Besonderheiten, die Einfluss auf die Ergebnisse der LHW haben?
- Wie schneidet Wiesbaden im Vergleich zu den Kommunen Darmstadt-Dieburg, Main—Taunus-Kreis, Hochtaunuskreis, Kreis Offenbach in den verschiedenen Kennzahlen ab, da alle benannten Kommunen zum Vergleichsring 1 (kreisfreie Städte und hochverdichtete Kreise vom Grundtyp 1) gehören
- Worin unterscheidet sich die Eingliederungsstrategie in Wiesbaden von den anderen Optionskommunen des Vergleichsring 1?

Der Magistrat wird gebeten, das Anliegen des Ausschusses für Soziales an den Deutschen Landkreistag und die Bertelsmann-Stiftung weiterzuleiten und für die Sitzung am 25.4.2007 einen Termin zu vereinbaren.

18. 07-F-06-0013

Dr. Horst-Schmidt-Kliniken

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 21.02.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. ist in dieser Legislaturperiode eine Privatisierung der HSK geplant?
2. Wie ist der derzeitige Sachstand der Verhandlungen des Betriebsrates mit der Geschäftsleitung?
3. Welche Sanierungsmodelle werden z. Zt. verfolgt und welche Finanzierungsmaßnahmen werden seitens der LHW in Betracht gezogen?

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Begründung:
mündlich

19. 07-F-06-0001

ANLAGE

Beratung über Lärmschutz im Kulturpalast
- **Beschluss des Ausschusses für Schule und Kultur vom 25.1.2007** -

20. 07-A-16-0003

Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben

21. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 06-V-51-0078

DL 06/07-1

Deckung des üpl-Bedarfs des UA 4820/Grundsicherung SGB II im Jahr 2006

2. 06-V-69-0015

DL 06/07-3

Projekt Soziale Stadterneuerung Inneres Westend; Ausgestaltung der Grün- und Freifläche

3. 07-V-20-0007

DL 04/07-2

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

- 4. 07-V-20-0008 DL 04/07-3**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 5. 07-V-51-0002 DL 05/07-11**
Einrichtung einer Kompetenzagentur für besonders benachteiligte Jugendliche mit Bundesmitteln im Rahmen des Kompetenz-Entwicklungs-Programms
- 6. 07-V-51-0005 DL 05/07-12**
Finanzierung einer Krippengruppe der IfB in Wiesbaden-Erbenheim, Bahnstraße
- 7. 07-V-51-0006 DL 05/07-13**
Wiesbadener Netzwerk für geriatrische Rehabilitation - GeReNet.Wi -
Übernahme von Aufgaben zum Aufbau des "Forum Demenz Wiesbaden"
- 8. 07-V-51-0008 DL 05/07-14**
Projekt: Überleitung/Aufarbeitung von Sozialhilfeakten
- 9. 06-V-51-0075 DL 05/07-1**
Elternverein Die Wombatz e. V.; Bezuschussung von 10 neuen Krippenplätzen
- 10. 07-V-69-0002 DL 04/07-4**
Wohnungsbauprogramm 2005
- 11. 07-F-06-0010 ANLAGE**
Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Handhabung des "Wiesbadener Handbuches"
- **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8.2.2007-**

Seite 9 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales am 28.02.2007

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender